

Das Bulletin



Aktion
für vernünftige
Energiepolitik
Schweiz

August 2009
3/09

Samstag, 29. August 2009:

Tag der Wasserkraft

Am Samstag, 29. August 2009 findet in der ganzen Schweiz der Tag der Wasserkraft statt. Sie haben die Möglichkeit, sich von der Effizienz dieser einzigartigen CO₂-freien Energiegewinnung zu überzeugen. Diese Werke öffnen an diesem Samstag für Sie ihre Türen:

Einzugsgebiet Aare

Staumauer Oberaar
KW Grimsel I
Chüenzetennlen
KW Handeck
Kandergrund
Spiez
Mühleberg
Hagneck
Zilfuri
Broc
Matte
Gösgen
Bannwil
Wynau
Aarau

Einzugsgebiet Reuss

Isenthal
Thorenberg
Engelbergara

Einzugsgebiet Rhein

Valle di Lei
Ferrera
Sils i. D.
Staudamm Marmorera
Küblis
Zervreila
Rabiosawerk
Gstaldenbach
Murkahrt (Thal)
Kubel
Rheinau
Pfunggen
Birsfelden

Einzugsgebiet Limmat

KW Mühlebach
KW am Löntsch
Wettingen
Aue
Kappelerhof
Schiffmühle
Turgi

Einzugsgebiet Rhone, Doubs

Grande Dixence

Auf der Internetseite www.wasserkraft.ch erfahren Sie mehr über dieses Angebot der schweizerischen Wasserkraftwerke.

Wasserkraft sinnvoll nutzen statt behindern!

Während Solar- und Windenergie in der Schweiz im Bereich von zusammen 0,2 Prozent-Anteil am Schweizer Strom dahindümpeln, liefert unser weltweit einzigartiger Strommix aus 60 Prozent Wasserkraft und 40 Prozent Kernenergie CO₂-freien Strom – sauber, zuverlässig und wirtschaftlich. Und beide Stromquellen haben realistisches, marktfähiges, ja notwendiges Ausbaupotenzial. Die Kernenergie wird vom Schweizer Volk ja mehr und mehr befürwortet. Die erneuerbare Wasserkraft hat zudem ein gutes Image und deren Ausbau müssten nun wirklich auch Linke und Umweltverbände bejahen.

Doch ausgerechnet diese wollen mit (leider erfolgreichen) Einsparungen zum Beispiel auch die vernünftige Vergrösserung des Grimselsees verhindern. Hier könnten 900 Millionen Franken in Wasserkraftprojekte investiert werden. Eine echte Konjunkturspritze, die die Steuerzahler nicht einmal belasten würde, den Anteil an erneuerbarem Spitzenstrom jedoch ganz erheblich erhöhen könnte.

Es ist leider Mode geworden, dem Strom stets neue Kosten aufzubürden. So sollen auch die Wasserzinse erhöht werden; von 80 auf 110 Franken. Man mag den Berg- und Wasserkantonen diesen Zustupf gönnen, muss aber wissen, dass damit der Strom einmal mehr verteuert wird. Diese Rechnung müssen zur Hauptsache Industrie und Gewerbe bezahlen.

Und da sind noch die Fischer. Sie fordern Umweltverträglichkeitsprüfungen bei den – dank der attraktiven Einspeisevergütung sehr üppig spriessenden – Kleinwasserkraftwerken, die sie gleich noch mit zusätzlichen 2 Rappen/m³ besteuern wollen.

Ebenfalls aus Fischerei-Kreisen kommt eine Initiative mit dem sympathischen Namen «Lebendiges Wasser». Dieser will das Parlament mit einem Gegenvorschlag grosszügig entgegenkommen. Als Ausgleich sollen zu Recht die Restwassermengen etwas niedriger angesetzt werden; mindestens bei Gewässern über 1500 Meter über Meer.

Hinter massvoller, realistischer Renaturierung von Bächen, Flüssen und Seen kann man absolut stehen, andererseits darf der Bau von Wasserkraftanlagen nicht aus Gründen des Heimat-, Natur- oder Landschaftsschutzes übermässig eingeschränkt werden. Denn bei allem Verständnis für naturnahe Gewässer müssen wir auch die Ziele des Energiegesetzes respektieren, das bis 2030 leichten Zuwachs beim Strom aus Wasserkraft vorschreibt. Gewisse Leute stehen eben gerne auf dem Schlauch, beklagen sich aber sogleich, warum denn kein Wasser komme ...! – wie Alfred Bretscher in seinem Leserbrief richtig feststellt. (Seite 4) Bruno Fäh



«Grabenkämpfe um Kernenergie sind von vorgestern»:

Corina Eichenberger, neue Präsidentin des Nuklearforums Schweiz

Die neue Präsidentin des Nuklearforums Schweiz heisst Corina Eichenberger. Anlässlich ihrer Wahl an der Jahresversammlung des Nuklearforums sprach sich die Aargauer FDP-Nationalrätin für die Entkrampfung der Stromdebatte aus.



«Strom ist ein wertvolles Produkt. Wir müssen haushälterisch mit ihm umgehen, aber auch den Bedarf unseres Landes zuverlässig, umweltschonend und kostengünstig decken», erklärte die neue Präsidentin des Nuklearforums Schweiz. Das gehe nur, wenn die Schweiz ohne ideologische Scheuklappen auf den CO₂-armen Mix aus Wasserkraft und Kernenergie setze, ergänzt um die neuen erneuerbaren Energien. «Wer die Zukunft meistern will, schreitet vom Entweder-oder zum Sowohl-als-auch. Grabenkämpfe um die Kernenergie sind von vorgestern.»

Handlungsbedarf beim Bund

An der Jahresversammlung in Böttstein erinnerte auch der scheidende Präsident Bruno

Pellaud daran, dass bei der wissenschaftlichen Gesamtbetrachtung der Ökobilanz – einschliesslich Uranabbau und Entsorgung – klar erkennbar ist: «Die Kernenergie ist so grün wie Wind- und Sonnenenergie». Angesichts der drei im vergangenen Jahr eingereichten Kernkraftwerkprojekte Beznau, Mühleberg und Niederaamtwil sieht Pellaud Handlungsbedarf beim Bund. Zwar sei die neu formierte Aufsichtsbehörde – das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) – für die kommende Herausforderung gut gerüstet. Engpässe seien jedoch beim Bundesamt für Energie (BFE) absehbar.

Das Nuklearforum Schweiz fördert die friedliche Nutzung und weitere Entwicklung der Kernenergie in der Schweiz. Es setzt sich für die Koordination der Tätigkeiten auf diesem Gebiet ein. Darüber hinaus unterstützt es die breite Anwendung nuklearer Techniken in Medizin, Industrie und Forschung. Das Nuklearforum Schweiz dient der sachverständigen Diskussion. Es wendet sich an Fachleute aus Lehre, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung; an Politiker in Bund, Kantonen und Gemeinden; an Fach- und Publikumsmedien sowie die interessierte Öffentlichkeit in der Schweiz. Weitere Einzelheiten über das Nuklearforum Schweiz auf www.nuklearforum.ch.

Die Schweiz ist klimapolitisch auf Zielkurs

Neuste Berechnungen des Bundesamts für Umwelt (BAFU) zeigen, dass die Schweiz ihre bis Ende 2012 geltenden internationalen Verpflichtungen im Klimaschutz erfüllen kann. Ebenfalls einhalten können wird die Schweiz nach aller Voraussicht ihre eigenen Vorgaben im CO₂-Gesetz.

Das BAFU hat seinen Modell-Berechnungen die wahrscheinlichste Referenzentwicklung

zugrunde gelegt, die von den heutigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgeht. Je nach wirtschaftlicher Entwicklung kann die Bilanz jedoch noch positiver oder auch negativer ausfallen.

Gemäss diesen Annahmen wird die Schweiz die Vorgaben des Kyoto-Protokolls erreichen (Ziel –8 Prozent gegenüber 1990, alle Treibhausgase).

Stromverbrauch steigt weiter rapide an

Der Verbrauch von Elektrizität in der Schweiz steigt weiterhin an. 2008 betrug der Endverbrauch 2,3 Prozent mehr als 2007. Das ist die grösste je verbrauchte Menge in unserem Land. Allein zwischen 1990 und 2006 ist der Stromverbrauch in der Schweiz um über 20 Prozent auf 58,7 Milliarden Kilowattstunden gewachsen.

Die Nachfrage wird auch in den nächsten Jahren wachsen, denn wachsen werden ja auch

Wirtschaft (1 Prozent jährlich), Verkehrsleistung (mindestens 1 Prozent) und Gebäudeflächen (1 Prozent). Zudem wird auch der Umstieg von fossilen Energieträgern auf neue Technologien deutlich mehr Strom brauchen.

Die Prognosen vom sinkenden Stromverbrauch sind also mehr als rosarot, vor allem entbehren sie jeglicher Realität!

Schweizer Bevölkerung steht zu bewährtem Energiemix:

Skepsis gegenüber Kernenergie sinkt

Die Skepsis gegenüber Kernenergie ist so gering wie noch nie seit 16 Jahren. In einer repräsentativen Umfrage vom November 2008 des Forschungsinstituts gfs-zürich im Auftrag der Aduno-Gruppe hielten 46 Prozent der Befragten die Risiken der Kernenergie für nicht tragbar. Vor drei Jahren lag der Anteil der Kernenergie-Skeptiker noch bei 69 Prozent.

Seit 1986 erhebt gfs-zürich im Rahmen des Univox-Umweltmonitors Daten zur Einstellung der Schweizer Bevölkerung zur Kernenergie. Erstmals seit 1992

ist in diesem Jahr der Anteil derjenigen, die der Meinung sind, die Risiken der Kernenergie seien nicht tragbar, wieder unter 50 Prozent gesunken.

Insgesamt sind 46% der Befragten dieser Meinung, während 43% die Risiken der Kernenergie für tragbar erachten. Im gleichen Zug wird auch die Gefährdung, die von Kernkraftwerken ausgeht, geringer eingeschätzt. Nur noch 36% erachten diese für sehr oder äusserst gefährlich, 2005 waren es noch 42% und 1998 vor 10 Jahren gar 48%.

Ein Beirat soll Auswahlverfahren Entsorgung aktiv begleiten

Bundesrat Moritz Leuenberger hat am 1. Mai den gemäss Sachplan geologische Tiefenlager vorgesehenen Beirat Entsorgung eingesetzt. Vorsitzender ist der Zuger CVP-Ständerat Peter Bieri. Der Beirat hat die Aufgabe, eine Aussensicht in das Auswahlverfahren einzubringen, Risiken und Blockaden zu erkennen und dem UVEK Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Er begleitet das Verfahren mit dem Ziel, Konflikte und Risiken frühzeitig zu erkennen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Er soll auch den Dialog unter den Akteurinnen und Akteuren fördern und die Öffentlichkeitsarbeit des Bundes begleiten. Die Umweltorganisationen haben auf eine Mitarbeit im Beirat verzichtet.

Der am 2. April 2008 vom Bundesrat verabschiedete Konzeptteil des Sachplans geologische Tiefenlager bestimmt die Regeln und Verfahren für die Standortsuche. Am 6. November 2008 gab das BFE die Standortgebiete bekannt, welche sich gemäss Nagra aufgrund der vorgegebenen sicherheitstechnischen Kriterien für den Bau von Tiefenlagern für radioaktive Abfälle eignen. Die Standortsuche erfolgt in drei Etappen und wird rund zehn Jahre dauern.

Dann wird der Bundesrat über die Erteilung der Rahmenbewilligung für je einen Standort für schwach- und mittelradioaktive sowie hochradioaktive Abfälle oder für einen Standort für alle Kategorien entscheiden.

Delegiertenversammlung in St-Ursanne:

AVES von Opalinuston beeindruckt. Sie fordert Gesamtkonzept für Grosskraftwerke.

An ihrer Delegiertenversammlung vom 19. und 20. Juni 2009 in St-Ursanne besuchte die AVES Schweiz das Felslabor Mont Terri, wählte drei Bundesparlamentarier in den Vorstand und verabschiedete eine Resolution.

Zahlreiche internationale Organisationen beteiligen sich an verschiedenen Versuchen im Opalinuston. Stark radioaktive Abfälle können in dieser Gesteinsart sicher gelagert werden. Zu diesem wissenschaftlichen Schluss ist die Nagra im Jahr 2002 gelangt. Der Gesamtbundesrat hat dies nach eingehenden Prüfungen durch nationale und internationale Fachexperten im Juni 2005 bestätigt. Damit ist erwiesen, dass ein Endlager für stark radioaktive Abfälle in der Schweiz technisch machbar ist.

Prominente Verstärkung des Vorstandes

An der DV wurden auch drei Bundesparlamentarier in den Vorstand gewählt:

Hans Killer, Nationalrat SVP, Untersiggenthal AG, ist eidg. dipl. Maurermeister, Mitglied Geschäftsleitung eines Tiefbauunternehmens, VR-Präsident Fernwärme Siggenthal AG sowie Mitglied der UREK.

Nationalrat. Filippo Lombardi, Ständerat CVP, Melide TI, ist Medienunternehmer, Direktor TeleTicino SA und Präsident der UREK Ständerat.

Werner Messmer, Nationalrat FDP, Kradolf TG, ist dipl. Baumeister, Bauunternehmer, Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes und Mitglied der UREK Nationalrat.

«Zweiter Frühling der Kernenergie – gibt es genügend Akzeptanz?»

Dem eindrücklichen Referat von Irène Richner-Schellenberg, Kommunikationsverantwortliche bei swissnuclear, folgte die Verabschiedung einer Resolution. Das Referat finden sie auch auf www.aves.ch.



MARKUS FRITSCHI, GESCHÄFTSLEITUNG DER NAGRA, FÜHRTE PERSÖNLICH DURCH DEN STOLLEN. PRÄSIDENT ROLF SCHWEIGER UND DIE REFERENTIN IRÈNE RICHTNER-SCELLENBERG VERFOLGEN AUFMERKSAM DIE DISKUSSION. BEIM APÉRO KONNTE AUCH NATIONALRAT HANS KILLER, NEU IM VORSTAND, KENNEGELERNT WERDEN.

AVES fordert politisches Gesamtkonzept für Grosskraftwerke

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz (AVES) fordert die Eidgenössischen Räte auf, politische Vorgaben zum dringend notwendigen Bau von Grosskraftwerken zu definieren. Es geht dabei um die Festlegung der Standorte und Reihenfolge für den Bau von zwei Kernkraftwerken sowie notfalls einem Gaskombikraftwerk als Übergangslösung. Dieses «Gesamtkonzept Grosskraftwerke» ist auf parlamentarischer Ebene unter Einbezug des zuständigen Departementes UVEK, der Strombranche und der produzierenden Wirtschaft zu erarbeiten. Es soll die Vorstellungen der parlamentarischen Mehrheit klar und möglichst umgehend zum Ausdruck bringen. Die grundlegende politische Auseinandersetzung zur Kernenergie wird bei der Volksabstimmung zu den einzelnen Rahmenbewilligungsgesuchen entschieden.

Die gefährlichen Engpässe in der schweizerischen Stromversorgung ab 2020 oder früher sind heute klar erkennbar. In seiner Viersäulenstrategie spricht sich der Bundesrat deshalb für den Bau von Grosskraftwerken aus. Im Zeitraum 2020/25 sollte ein erstes (Ersatz-)KKW in der Grössenordnung von 1600 MW ans Netz gehen können, ein zweites KKW wäre unmittelbar danach zu realisieren. Im letzten Jahr wurden drei Rahmenbewilligungsgesuche für den (Ersatz-)Bau von Kernkraftwerken beim Bund eingereicht. Ein Gesuch stellte die Atel (nun Alpiq), zwei Gesuche stammen von der Resun AG, einem Gemeinschaftsunternehmen der Axpo und der Bernischen Kraftwerke BKW. Parlament und Souverän müssen einzeln über jedes Rahmenbewilligungsgesuch entscheiden. Deshalb müssen die Standorte und die Reihenfolge für die Realisierung dieser Kernkraftwerke festgelegt werden. Die grossen Stromproduzenten sind gegenseitig jedoch blockiert und können nicht zum notwendigen gemeinsamen Vorgehen zusammenfinden. Deshalb ist eine politische Lösung erforderlich.

In der Debatte zur Revision des CO₂-Gesetzes und zu den Rahmenbedingungen für den allfälligen Bau eines Gaskombikraftwerkes wurde auf Antrag von Ständerat Pankraz Freitag die Behandlung dieses Geschäftes an die vorberatende Kommission zurückgewiesen mit dem Auftrag, ein «Gesamtkonzept Grosskraftwerke» auszuarbeiten. Die AVES unterstützt dieses Vorgehen und fordert die vorberatende Kommission des Ständerates (UREK-S) auf, die politische Führung in dieser äusserst wichtigen Frage der schweizerischen Landesversorgung zu übernehmen. Die Beurteilung der Frage, ob Gaskombikraftwerke als Übergangslösung notwendig sind, ist nur im Rahmen eines Gesamtkonzeptes möglich, in dem der Ersatz der dienstälteren Kernkraftwerke und der auslaufenden Kernenergie-Lieferverträge mit Frankreich aufgezeigt wird. Das Konzept muss insbesondere die Standorte, die Reihenfolge und die vorgesehenen Realisierungszeitpunkte dieser Grosskraftwerke aufzeigen. Bei der Erarbeitung des Konzeptes muss neben dem Departement UVEK die Strombranche miteinbezogen werden, um wettbewerbliche Diskriminierungen zu verhindern. Auch die produzierende Wirtschaft, die auf eine günstige und sichere Stromversorgung angewiesen ist, muss angehört werden. Die UREK-S soll ein Gesamtkonzept erarbeiten, hinter dem eine klare politische Mehrheit steht. Dazu braucht es keine weiteren Studien, sondern politische Entscheidungen. Bei der Definition der Standorte kann die grundsätzliche Fragestellung zur Nuklearenergie ausgeklammert bleiben und dem Souverän zur Entscheidung vorbehalten werden.

PRÄSIDENT

lic. iur. Rolf Schweiger, Ständerat, Baar ZG

VIZEPRÄSIDENT

lic. iur. Konrad Studerus, Edlibach ZG

VORSTAND

Elvira Bader, Nationalrätin, Mümliswil SO
Hans Killer, Nationalrat, Untersiggenthal AG
Filippo Lombardi, Ständerat, Melide TI
Werner Messmer, Nationalrat, Sulgen TG
Walter Jermann, alt Nationalrat, Dittingen BL
Eric Weber, Ing. ETS, Yverdon VD
Walter F. Böhlen, Gemeinderat,
Niederrohrdorf AG
Alfred Marthaler, Kirchlindach BE
Jean-Pierre Bommer, FRE, Lausanne VD
Erich Kaufmann, dipl. Ing. HTL, Ennenda GL

REDAKTION

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz
Gubelstrasse 17
Postfach 4733, 6304 Zug
Telefon 041 544 25 44
Telefax 041 544 25 45

INTERNET

www.aves.ch

MAIL

info@aves.ch

DRUCK

Victor Hotz AG, 6312 Steinhausen
Erscheint vierteljährlich

AZB
6304 Zug

aves persönlich

Ohne redaktionelle Verantwortung

AKW-Debatte beginnt von vorne

Kaum sind die Bewilligungsgesuche für den Ersatz der Kraftwerke Mühleberg und Beznau durch neue AKW an den gleichen Standorten offiziell bekanntgegeben worden, beginnen schon wieder die Glaubenskämpfe gegen den Atomstrom.

Wie allseits bekannt ist, besteht unser Strommix aus 40 Prozent Kernkraft. Wie man es drehen und wenden will: Dieser Anteil von Atomstrom kann realistisch gesehen nur zu einem minimalen Teil durch Alternativenergie gedeckt werden. Was mich am meisten bedrückt bei diesem Kampf gegen AKW ist der unterschwellige Vorwurf der Verantwortungslosigkeit an die Erbauer und Betreiber. Es wird Angst gemacht vor Strahlenschäden, es wird nach wie vor mit Tschernobyl gedroht – ein Unfall, der eben aus Verantwortungslosigkeit geschehen ist, aber bei Hunderten von KKW in der Welt noch nie passiert ist. Es wird zudem nach wie vor die Endlagerung missbraucht, um weiter Angst zu machen, obwohl eine sichere Entsorgung möglich ist. Andererseits kann man auch mit weniger Strom leben, aber dann müssten die Gegner des Atomstroms zeigen, wie man den Stromkonsum in kurzer Zeit etwa auf die Hälfte runterschraubt, denn die Lösung kann nur in einer massiven Einschränkung des Elektrizitätsverbrauches liegen. Sie

müssten dafür kämpfen, dass die riesigen Strommissbräuche durch all die Massenveranstaltungen auf Showbühnen verschwinden. Da aber werden sie versagen. Solange so viel Strom verbraucht wird, nützen alle Rufe nach Alternativenergie nichts. Ein verantwortungsvoller Ersatzbau und Betrieb von AKW zusammen mit einem allgemein vorsichtigen Umgang mit Energie wird uns helfen, unser bequemes Leben zu erhalten.

Dr. med. David Künzler (Hausen am Albis)

Prioritäten bei KKW

Dass Bundesrat Leuenberger kein Freund neuer Kernkraftwerke ist und deshalb jede Möglichkeit nutzt, um die Realisierung, wenn nicht ganz zu verhindern, so doch zu verzögern, ist bekannt. Nachdem bereits Mitte 2008 das Rahmenbewilligungsgesuch für ein erstes Kernkraftwerk eingereicht worden war, gab Leuenberger bekannt, dass eine Rahmenbewilligung nicht vor 2013 (also nicht weniger als fünf Jahre nach der ersten Gesuchseinreichung) zu erwarten sei. Als Grund machte er geltend, dass nun drei Gesuche zu behandeln seien. Diese Argumentationsmöglichkeit verdankt Leuenberger der Tatsache, dass die Kernkraftwerksbetreiber nicht selber die Priorität der einzelnen Projekte festgelegt haben. Den Unternehmen sei deshalb geraten, möglichst rasch selber

die Reihenfolge der Projekte festzulegen und gestützt darauf von den Behörden mit Nachdruck die speditive Behandlung eines ersten Gesuchs zu verlangen. Nur so kann es gelingen, die drohende Stromversorgungslücke nach 2025 ohne den Einsatz fossil betriebener Werke oder Stromimporte zu vermeiden.

Ulrich Fischer (Seengen)

Greenpeace und der Gartenschlauch

Ich bewundere den Einsatz von Greenpeace gegen den Walfang und auch für andere Taten zum Schutz der Umwelt. Daher begreife ich es nicht, wenn Greenpeace die Kernenergie angreift und damit dem Klimaschutz einen schlechten Dienst leistet. Immerhin wurde begriffen, dass die Sicherheit der Kernenergie in der Schweiz gewährleistet ist. Daher greift man nicht die Kernkraftwerke selber an, sondern behauptet, dass die sichere Lagerung der Abfälle nicht möglich sei. Das stimmt nicht. Technisch ist sie möglich, sogar mit mehrfacher Sicherheit. Die politische Zustimmung steht noch aus. Greenpeace sucht diese zu verhindern, indem behauptet wird, sie sei nicht möglich. Damit gleicht Greenpeace dem Gärtner, der selber auf seinem Gartenschlauch steht und sich beklagt, dass kein Wasser komme.

Alfred Bretscher (AVES Bern)

- AG** AVES Aargau
Dr. Reto Müller
Bankstrasse 6a, 5432 Neuenhof
r_p.mueller@gmx.ch
- BE** AVES Bern
Beat Schauwecker
Schulweg 6, 3013 Bern
bern@aves.ch
- BS/BL** AVES Region Basel
Walter Jermann, alt Nationalrat
Blauenweg 10, 4243 Dittingen
wjermann@bluewin.ch
- GL** AVES Glarus
Erich Kaufmann
Neubauquartier 9
8755 Ennenda
ek@nok.ch
- GR** AVES Graubünden
Dr. Theo Portmann
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur
- LU** AVES Luzern
Michel Callaro
Habermattweg 24, 6010 Kriens
- NW** AVES Nidwalden
Postfach 1004, 6371 Stans
- SG** AVES St. Gallen/Appenzell
Mario David
Kreuzstrasse 31, 9032 Engelburg
mario.david@gaiserwald.net
- SH** AVES Schaffhausen
Hans-Rudolf Steinegger
Villenstrasse 8
8200 Schaffhausen
- SO** AVES Solothurn
Postfach 130
4502 Solothurn
info@aves-so.ch
- SZ** AVES Schwyz
Hans Gnos
Tannerweg 9, 6410 Goldau
- TG** AVES Münsterlingen
Postfach 146, 8596 Münsterlingen
- UR** AVES Uri
Marlies Z'graggen
Hellgasse 63, 6460 Altdorf
- VS** AVES Oberwallis
Postfach 281, 3930 Visp
- ZG** AVES Zug
Postfach 1342, 6301 Zug
info@aves-zug.ch
- ZH** AVES Pfannenstiel
Dr. Hans R. Moning
Gotthardstr. 10, 8800 Thalwil
hr.moning@moning.com

AVES Winterthur
Postfach 1545, 8401 Winterthur
mail@dieterklaey.ch

AVES Zürich
Rolf Hegetschweiler, alt Nationalrat
Lanzenstrasse 4
8913 Ottenbach
rolf@hegetschweiler.ch
- FRE** Fédération romande pour l'Energie FRE
Case postale 673
1000 Lausanne 1
jpbommer@bluewin.ch